

Tagesordnung 1 Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 19.04.2005

Vorlage Nr. 05-F-03-0038

Klarstellung der Informationen zu den Abgasemissionen

Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 12.04.2005

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, eine neutrale Expertise zu den Abgasemissionen der beiden Antriebssysteme Erdgasotto- und Dieselmotor mit CRT-Filter durch eine Fachbehörde wie z.B. das Umweltbundesamt oder das Hessische Umweltministerium zur abschließenden Klarstellung und Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung:

Die Sondersitzung der Fachausschüsse am 1. März hat – bedingt durch die beiden externen sich stark widersprechenden Fachvorträge – hinsichtlich des Emissionsvergleichs beider Antriebstechniken zu Verwirrung über die geeignete Zukunfts-Technologie für den Wiesbadener ÖPNV geführt.

Die Stellungnahme der ESWE-Verkehr (4.4.2005) stützt sich ausschließlich auf das Vortragsskript des VDV-Vertreters. Die Aussagen des VDV sind aber weder im Vortragsskript noch in der ESWE-Stellungnahme durch wissenschaftliche Quellenangaben nachvollziehbar. Das Umweltbundesamt teilt nach Übermittlung und Prüfung des VDV-Vortragsskripts mit, dass es die Aussagen zur Partikelemission von Erdgas-Ottomotoren in keinster Weise bestätigen kann.

Insofern liegt keine fachlich ausreichende Grundlage für eine abschließende Entscheidung über das Für und Wieder der Erdgas- oder Dieselmotortechnik für den Wiesbadener ÖPNV vor.

Die Stadtverordneten sind jedoch gehalten, Entscheidungen über die dringend notwendige und möglichst effiziente Reduktion der gesundheitsgefährdenden Feinstaub- wie Stickoxidmissionen in Wiesbaden auf Grundlage von wissenschaftlich eindeutig belegten und belastbaren Aussagen zum Stand der Technik zu treffen.

Beschluss Nr. 0062

1. Bei Kenntnisnahme der Ausführungen des Magistrats (Herrn Mengden -Umweltamt-) betr. Aktueller Stand der Maßnahmenplanung zur Luftbelastung in Wiesbaden wird dem Organisationsvorschlag des Magistrats auf Einrichtung einer Arbeitsgruppe aus Vertretern/Vertreterinnen der Verwaltung und Parlamentariern gefolgt.

2. Die weitere Beratung und Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt wird bis zum Vorliegen der Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe (Erarbeitung von Festlegungen im Aktionsplan) zurückgestellt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .04.2005

Dr. Reinhardt
Vorsitzende

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .04.2005

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .04.2005

Dezernat IV
mit der Bitte um weitere Veranlassung
Dezernat I/ESWE Verkehrsgesellschaft mbH
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Diehl
Oberbürgermeister